



Intensiver Austausch mit dem Finanzminister bfg-Landesleitung bei Albert Füracker

Pandemiebedingt fanden in den beiden letzten Jahren die Begegnungen der bfg-Gremien mit Finanzminister Albert Füracker nur per Videokonferenz statt. Anfang Juli aber war es nach langer Zeit wieder soweit: Endlich konnte sich die (etwas dezimierte) bfg-Landesleitung wieder von Angesicht zu Angesicht mit dem Finanzminister treffen. Die Abstände im großen Sitzungssaal des Finanzministeriums waren zwar ungewohnt groß, dafür nahm sich der Minister aber viel Zeit; volle zwei Stunden dauerte der Austausch über die wichtigsten Themen, die bfg und Beschäftigte im Moment bewegen. Bevor es soweit war, stellte Staatsminister Füracker die Leistung der Finanzverwaltung in der Pandemie heraus und bekundete den Beschäftigten großen Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz in schwierigen Zeiten.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs lag auf der Arbeitssituation in der Finanzverwaltung. Die Mitglieder der bfg-Landesleitung zeigten hierzu auf, wie in der Steuer- und in der Staatsfinanzverwaltung sowohl die Quantität wie auch die Qualität der Arbeit in den vergangenen Jahren extrem zugenommen haben. So steht in beiden Bereichen über die vergangenen zehn Jahre Fallzahlensteigerungen von mehr als 25 Prozent, über 15 Jahre betrachtet sogar gut 35 Prozent!

Arbeitsbelastung in der Finanz immens!

Dass eine solche quantitative Steigerung ohne entsprechende Personalverstärkungen einigermaßen bewältigt werden konnte, liege zu einem guten Teil an den digitalen Entwicklungen, so bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski. Dieser umfassende ITEinsatz habe jedoch dazu geführt, dass sich die Arbeit auch qualitativ sehr stark verdichtet habe – leichtere Aufgaben werden von der IT erledigt und für die Beschäftigten gibt es nur noch anspruchsvolle Arbeiten! Dazu komme in Bayern mehr als in manch anderem Bundesland im Bereich der Steuer die Komplexität vieler Fälle durch die Stärke der Unternehmen und die Einkommensverhältnisse sowie die

Internationalisierung der Wirtschaft.

Für die bfg folgt daraus, dass der Abbau der Unterbesetzung und damit die Verbesserung der Personalausstattung in der Finanzverwaltung weitergehen müsse. Dazu bedürfe es zusätzlicher Stellen, insbesondere aber der Fortsetzung der Ausbildung auf maximalem zahlenmäßigen Niveau.

Die Konzentration auf schwierige Fälle erfordere aber auch die Schaffung hochwertiger Stellen und Beförderungsmöglichkeiten.

bfg fordert zweites IT-Paket

Dies gilt auch für die IT-Bereiche! Gerade in der IT des Landesamts für Steuern bestehe ein erheblicher Beförderungsstau, der mit dem schnellen Aufbau der Abteilung im vergangenen Jahrzehnt zusammenhängt. Die Vertreter der bfg verdeutlichten aber auch, dass die Privatwirtschaft in diesen Bereichen Bachelor-Absolventen sehr viel besser bezahle. Um die Kolleginnen und Kollegen dauerhaft zu halten, sei deshalb eine Bezahlung von A 12 bis A 14 anzustreben. Die Verbesserung der Stellensituation erfordere aus Sicht der bfg ein zweites IT-Paket. Dies sollte sich in einer Zeit, in der so viel von der Notwendigkeit beschleunigter Digitali-

sierung die Rede ist, auch politisch vertreten lassen!

Was nicht gehe, sei eine schleichende Stärkung der IT zulasten der Finanzämter oder anderer Bereiche des Ressorts! Zwar brauchten etwa die Finanzämter ohne die Entwicklungen der IT in den vergangenen Jahrzehnten heute sicherlich dreimal so viel Personal; die vorhandenen Beschäftigten der Finanzämter hätten durch diese Entwicklung aber nicht etwa vereinfachte Arbeit, sondern deutlich mehr schwierigere Aufgaben!

Angesichts der angespannten Personalsituation in den IT-Bereichen erinnern die bfg-Vertreter auch an ihren Vorschlag, für Ausbildung und Studium von IT-Experten einen siebten Fachbereich an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern zu gründen.

Epochenprojekt Grundsteuerreform

Zu all den Belastungen in der Steuerverwaltung kommt nun die Jahrhundertaufgabe, die Grundsteuerreform umzusetzen. Die bfg-Vertreter erinnern daran, dass man die Bestrebungen der Bayerischen Staatsregierung, ein möglichst einfaches neues Gesetz zu schaffen, unterstützt habe, nachdem die Bundesregierung nicht bereit war

einen solchen Schritt zu gehen. Gerhard Wipijewski betonte aber auch, dass angesichts der geringen Steuereinnahmen aus der Grundsteuer Aufwand und Ertrag bei dieser Steuerart in keinem vertretbaren Verhältnis stünden ...

Der Aufwand zu Umsetzung selbst in Bayern sei jedenfalls enorm! Es habe sich gezeigt, dass ein vergleichsweise einfaches Gesetz noch keinen einfachen Vollzug garantiere. Die betroffenen Beschäftigten hätten inzwischen wohl hundert Verfügungen und Anweisungen erhalten – oft sehr umfangreiche – und täglich komme Neues dazu. Die ersten Erfahrungen mit der Erklärungseinreichung zeigten zudem, dass bei den Papierklärungen häufig nicht mehr als die persönlichen Angaben gemacht würden – die Menschen im Land hätten offenbar wenig Verständnis dafür, dass sie aufwendig Angaben zu ihren Grundstücken machen sollen, die der Staat nach ihrer Ansicht doch sowieso schon habe. Bestätige sich dieser erste Trend, werde sich die erhoffte und zum Gelingen der Reform notwendige „Autofallquote“ nicht annähernd einstellen.

Die bfg-Vertreter schilderten auch die Situation in den Servicezentren, die mit Anfragen zur Grundsteuer richtiggehend überrannt werden, nicht zuletzt in der Vorstellung allzu vieler Steuerzahler, dass man ihnen hier die Erklärung ausfülle. Denn eines gelte es bei der Reform zu bedenken: Ein großer Teil der Immobilieneigentümer ist betagt und vielfach nicht in der Lage, die Erklärung selbst zu erstellen. Vor diesem Hintergrund sei es zwingend geboten, die Kräfte auf diese Herausforderung zu konzentrieren und andere organisatorische Projekte zurückzustellen, bis die Finanzämter mit der Grundsteuer über dem Berg sind.

Es sei auch erforderlich, so die Mitglieder der bfg-Landesleitung, gegenüber der Öffentlichkeit die Situation zu erklären, wenn etwa die Bearbeitung der Einkommensteuer durch die Mehrbelastung nicht wie gewohnt voranschreitet. Die Beschäftigten werden hier die Rückendeckung des Ministers benötigen.

Nachwuchsgewinnung

Der bfg-Vorsitzende bezeichnete die Entwicklung bei der Nachwuchsgewinnung als sehr besorgniserregend. Zwar nehmen am LPA-Verfahren etwa dreimal so viele junge Leute teil, wie die einstellenden Verwaltungen benötigen, wie dies Minister Füracker kürzlich bei



Finanzminister Albert Füracker (Mitte) mit Amtschef Harald Hübner (rechts) und seinem Stellvertreter Dr. Alexander Voitl (links).

Veranstaltung des BBB auch ausgeführt hatte. Tatsächlich reichte das zuletzt in der Finanzverwaltung gerade so eben aus, um die Einstellungsplätze zu belegen. Dabei gehe man bis zu den letzten Platzziffern, was der Qualität allzu oft nicht zuträglich sei. Die bfg plädiere deshalb für verstärkte Werbemaßnahmen in den Schulen und für eine Erhöhung der Werbemittel, um einen professionelleren Auftritt bei Ausbildungsmessen etc. zu erreichen. Aber auch eine stärkere Nutzung sozialer Medien sei nötig, genauso eine Modernisierung und Flexibilisierung des LPA-Verfahrens. So brauche es zum Beispiel einen Ansatz, wie man Studienabbrecher externer Hochschulen gewinnen könne, die bisher angesichts eines Bewerbungsvorlaufs von ein- bis zwei Jahren für den öffentlichen Dienst verloren seien. Und dann stehe demnächst der weitgehende Ausfall eines Abiturjahrgangs nach dem Rückwechsel auf G9 an ...

Dienstliche Kommunikationsmöglichkeiten ausbauen

Dringend erforderlich, so die bfg, sei auch die Verbesserung der technischen Kommunikationsmöglichkeiten in den Dienststellen! Es müsse ermöglicht werden, an Videokonferenzen von der Dienststelle aus teilzunehmen – und nicht wie heute an den Finanzämtern dafür ins Homeoffice wechseln zu müssen. Es müsse deshalb auch mit Nachdruck flächendeckend das WLAN an den Dienststellen ausgebaut werden. Um die elektronische Kommunikation zu erleichtern, brauchten die Finanzämter endlich auch ein anderes E-Mail-System.

Wegstreckenentschädigung

Wer aus dienstlichen Gründen regelmäßig einen PKW benutzen muss, benötige entweder einen Dienstwagen von

seinem Dienstherrn und Arbeitgeber oder den Kostenersatz für die Nutzung des privaten PKW, so der bfg-Vorsitzende. Nachdem der Freistaat Bayern weitgehend auf Dienstwagengestellung verzichte, müsse er dieser geradezu moralischen Anforderung gerecht werden! Zwar sei die Entwicklung der Benzinpreise der Auslöser dieser Forderung, die Kostenentwicklung seit der letzten Anpassung der Wegstreckenentschädigung im Jahr 2008 sei aber auch ohne diesen Aspekt enorm. Allein die Anschaffungskosten eines PKW seien seither um mehr als 25 Prozent gestiegen, so die bfg. Die Staatsregierung müsse sich diesem Thema endlich stellen!

So gut das Gespräch mit dem Minister zu den verschiedenen Themenfeldern war, so viel Übereinstimmung gefunden werden konnte – beim Thema Wegstreckenentschädigung blieb das erhoffte Signal aus. Wir appellieren deshalb noch einmal an die Staatsregierung den Kilometersatz zu erhöhen. Kostenersatz muss vor allem anderen die erste und selbstverständliche Aufgabe eines Arbeitgebers gegenüber seinen Beschäftigten sein!

Für die bfg-Landesleitung nahmen neben dem Vorsitzenden Gerhard Wipijewski der DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler, die Bezirksvorsitzende Südbayern Birgit Fuchs, die stellvertretenden Vorsitzenden Annette Feldmer und Hermann Abele, Landesjugendleiterin Katja Strobl, Justitiar Martin Porzner und Geschäftsführer Stephan Mair am Gespräch teil. An der Seite des Ministers stellten sich Amtschef Harald Hübner und sein Stellvertreter Dr. Alexander Voitl genauso der Diskussion wie die beiden Abteilungsleiter Dr. Nicole Lang (Personal) und Norbert Rossmesl (Steuer) sowie Referatsleiter Hans Jürgen Rosenlehner (Organisation Steuer).